

Joachim Betz

Maßnahmen gegen Kinderarbeit: Nützliches und weniger Nützliches

Kinderarbeit als Thema der internationalen Agenda

Das Thema Kinderarbeit in Entwicklungsländern hat in der internationalen Diskussion – auch in davon angeregten nationalen Diskursen – über ein Jahrzehnt starke Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die sich der Intention nach auch in neuen und wirksameren Instrumenten, Gesetzen und Konventionen zur Eliminierung von Kinderarbeit oder doch zumindest ihrer schlimmsten Auswüchse niedergeschlagen hat. Deren Zustandekommen war oft begleitet von publizitäts-trächtigen Aktionen, wie dem „globalen Marsch“ der Kinder und Jugendlichen nach Genf (zum Start der einschlägigen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO) 1998, Kampagnen zum Boykott von mit Kinderhand produzierten Konsumgütern oder spektakulären Befreiungsversuchen von Kindern in Schuldknechtschaft. Diese Aufmerksamkeit erklärt sich weitgehend daraus, dass sich vermutete oder tatsächliche Ausbeutung im Weltmaßstab, die Schattenseiten der Globalisierung oder dergleichen durch nichts so emotionsgeladen ins Bild setzen lassen wie durch Kinder in der Dritten Welt, die als Arbeitssklaven ausgebeutet, mitunter auch misshandelt, in jedem Fall aber ihrer Kindheit und Lebenschancen beraubt werden (vgl. Haas 1998). Und in der Tat erlagen etliche Kampagnen der naheliegenden Versuchung, das Schicksal arbeitender Kinder zu dramatisieren, was nicht heißen muss, dass aus ihnen erwachsene Programme unsinnig oder die sie betreibenden Organisationen nicht intern realitätsnäheren Analysen zugänglich wären. Klappern gehört eben zum Geschäft.

In gewissem Kontrast zum mitunter entfalteten (nunmehr deutlich geringer gewordenen) medialen Rummel und nationalen bzw. internationalen Bemühungen um die Verschärfung einschlägiger Gesetze und Konventionen und die Lancierung von Aktionsplänen zur Reduzierung der Kinderarbeit (durch die Etablierung neuer Institutionen und den Ausbau von Bildungs- und Rehabilitationseinrichtungen) stehen allerdings oftmals die daraus für die betroffenen Kinder und ihre Familien resultierende Verbesserung der Lebenschancen und zweitens das Niveau gesicherter empirischer Erkenntnisse über das Ausmaß der Kinderarbeit weltweit und in

jenen Staaten, wo sie am meisten verbreitet ist. Gleiches gilt für die Lohn- und Arbeitsbedingungen wirtschaftlich aktiver Kinder sowie für die Ursachen und Motive für die Arbeitsaufnahme. Kinderarbeit ist ein besonders signifikantes, freilich nicht das einzige Problem, bei dem die angeratene oder versuchte Therapie gründlicher Diagnose weit vauseilt (vgl. Basu/Van 1998).

Diese etwas harsche, auch nicht unbedingt ganz originelle Feststellung, soll im Fortgang der Erörterungen plausibilisiert werden. Zunächst wird (1.) über Probleme bei der Erfassung von Kinderarbeit berichtet, sodann (2.) über Erkenntnisse zu den Ursachen von Kinderarbeit, zuletzt (3. und 4.) über Chancen und Grenzen internationaler und nationaler Instrumente zu ihrer Reduzierung bzw. Eliminierung. Der Verfasser ist – so viel sei vorab gesagt – der Meinung, dass diese sehr viel enger gesteckt sind, als die bisherige Diskussion häufig suggeriert. Der Beitrag stützt sich dabei auf Daten der ILO und etlicher nationaler Erhebungen, ökonometrische Untersuchungen zum Zusammenhang von Kinderarbeit, Armut und anderer Faktoren sowie eigene – nicht besonders umfangreiche – Felduntersuchungen, die im indischen Teppichgürtel (im Jahre 1999 und 2000) angestellt wurden. Daher fließen in den Beitrag auch in besonderem Maße Beispiele aus Indien ein, was auch der besseren Verdeutlichung dienen soll.

1. Ausmaß und Bedingungen der Kinderarbeit in Entwicklungsländern

Über den Umfang der weltweiten Kinderarbeit existieren bislang nur Schätzungen und relativ grobe Hochrechnungen kleinerer Erhebungen; entsprechend streut die Gesamtzahl weltweit arbeitender Kinder zwischen 73 und 250 Mio. (ILO 1996d, 1998; UNICEF 1993, 1998). Diese Unterschiede ergeben sich z.T. aus den politisch-gesellschaftlichen Anliegen der publizierenden Institutionen/Verbände und ihrer Interessen, das Problem zu dramatisieren oder herunterzuspielen bzw. der Notwendigkeit, einen „Kompromiss“ zwischen diesen Extremen zu finden. Nicht vergessen werden dürfen allerdings die erheblichen objektiven Probleme einer Quantifizierung der Kinderarbeit in der Dritten Welt: Es fehlt bereits an einer international einheitlichen und verbindlichen Definition von Kinderarbeit (Deutscher Bundestag 1995), kann sie vermutlich auch gar nicht geben, da Kinderarbeit immer nur in einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext begriffen und definiert werden kann. Überdies existieren fließende Übergänge zwischen Mitarbeit im Familienbetrieb und Lohnarbeit, zwischen Voll-, Teilzeit- und Nichtbeschäftigung, zwischen legalen und illegalen Formen und nicht zuletzt werden in vielen Entwicklungsländern einschlägige Daten nicht oder nur unzu-

reichend und fehlerhaft erhoben. Dies gilt natürlich in erster Linie für den informellen Sektor und die Beschäftigung im Haushalt/Familienbetrieb.

In Bezug auf Südasien und speziell auch für Indien, das Land mit den weltweit zahlreichsten Kinderarbeitern (nach Angaben der ILO 44 Mio.), kommt als Erschwernis das Fehlen von auch nur annähernd vollständigen Geburtsregistern hinzu und das Fehlen einer (wiewohl von der Verfassung von 1950 eigentlich vorgesehenen) gesetzlich und auch faktisch durchgesetzten Schulpflicht. Wie zu erwarten, bringt dies eine beachtliche Zahl von „nowhere children“ mit sich, die nicht in legalen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, aber auch nicht zur Schule gehen. Zuletzt besteht in Indien zwischen den höheren Einschulungszahlen des zentralen Bildungsministeriums und jenen des National Sample Surveys eine nicht unbeachtliche Kluft von immerhin 20%, so dass auch über die „nowhere children“ nichts übermäßig Genaues gesagt werden kann (vgl. Chaudhri 1996).

Vergleichsweise sicher scheint nur, dass auf Asien und Afrika der größte Teil (40 bzw. 25%) der Kinderarbeiter weltweit entfällt, dort wiederum vornehmlich auf einige Staaten (neben Indien v.a. Pakistan, Bangladesh, China, Nigeria, Kenia und Ägypten), sektoral v.a. auf die Landwirtschaft, den hauswirtschaftlichen Bereich und den Straßenverkauf, nur zu geringen Anteilen (ca. 10%) dagegen auf den binnenmarkt- und exportorientierten verarbeitenden Sektor (ILO 1992a, 1998). Dort konzentriert sich Kinderarbeit logischerweise auf Kleinbetriebe im informellen Bereich, der staatlicher Inspektion nicht oder weniger zugänglich ist. Plausibel erscheinende Vermutungen, dass Kinderarbeit quantitativ mit steigender Industrialisierung und weltweiter Vernetzung der Unternehmen, Freisetzung aus der Landwirtschaft, Vergrößerung des informellen Sektors und der Erosion traditioneller Familienstrukturen und -werte in den letzten beiden Jahrzehnten zugenommen habe (White 1996; FNV 1995), werden durch die Zeitreihen der ILO (vgl. ILO 1996d) nicht bestätigt. Die Zahl der Kinderarbeiter soll ihnen zufolge weltweit seit 1980 merklich abgenommen haben, vor allem in Asien (auch in Indien) und Lateinamerika.

Versuche, die bislang eher unpräzisen Schätzungen zum Umfang der weltweiten Kinderarbeit durch solide Felderhebungen wenigstens für einige Länder der Dritten Welt zu untermauern, sind recht jungen Datums. Erst im Jahre 1996 wurde eine einschlägige ILO-Studie veröffentlicht (ILO 1996c), die auf der Basis von Haushaltserhebungen (von jeweils zwischen 4000-5000 Haushalten) und ergänzender Firmenerhebungen in ausgewählten Distrikten von vier Entwicklungsländern beruht. Dieser kann man entnehmen, dass sich Kinderarbeit tatsächlich auf den landwirtschaftlichen Sektor und die Mithilfe in Familienbetrieben konzentriert (90%), dass in den untersuchten Distrikten über 10% aller Kinder in ihrer Hauptaktivität arbeiteten, unter Hinzurechnung sekundärer Aktivitä-

ten das Doppelte, dabei mehr Jungen als Mädchen (im Verhältnis von 3:2) und dass der größte Teil der arbeitenden Kinder nie zur Schule gegangen war oder diese vorzeitig verlassen hatte. Problematisch an der Hochrechnung dieser Ergebnisse durch die ILO auf die gesamte Dritte Welt ist die Tatsache, dass die Kinderarbeitsquoten national, regional und selbst innerhalb sozial ähnlich strukturierter Gemeinschaften erheblich divergieren.

Wenig gesicherte Kenntnisse haben wir auch zu den Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten) und der Entlohnung der Kinderarbeiter in Entwicklungsländern; die vorliegende Empirie beruht auch hier auf extrem kleinen Samples und vergleichsweise breit gefassten Kategorien (s.u.). Das hindert manche Experten und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen nicht, relativ apodiktische Urteile über extrem lange Arbeitstage (14 Stunden und mehr), minimale oder fehlende Entlohnung, schlechte Behandlung und miserable Sicherheitsvorkehrungen bei der Arbeit von Kindern zu fällen (statt vieler: Anti-Slavery Society 1988, FNV 1996; Confédération Internationale des Syndicats Libres 1996; Haas 1998). In Bezug auf Südasien vermitteln die meisten populären Darstellungen auch den Eindruck, die Mehrzahl der Kinder lebe und arbeite unter Bedingungen der Schuldknechtschaft. Das muss alles nicht ganz falsch sein, wiewohl die dramatisierenden Darstellungen beim unbefangenen Leser oft die Frage aufkommen lassen mögen, wie Kinder unter solchen Bedingungen überhaupt überleben können.

Die wenigen empirischen Untersuchungen streuen in ihren Ergebnissen ganz erheblich. Nach Auftragserhebungen der UNICEF in Lateinamerika verdienen die beschäftigten Kinder etwa die Hälfte des Erwachsenenlohnes, in Brasilien zwischen 60 und 120% des gesetzlichen Mindestlohnes. Nach allen drei Länderstudien dieser Quelle erwirtschaften sie damit zwischen 10 und 20% des Familieneinkommens (Salazar/Glasinovitich 1996). Nach Auftragsuntersuchungen zum indischen und nepalesischen Teppichsektor (Supreme Court Commission 1985; Juyal 1993; ITAD 1994; Mishra 2000) lag die Arbeitszeit der Kinder bei etwa 10 Stunden pro Tag (bei erheblicher Varianz); die Angaben zu den Arbeitslöhnen sind nahezu unbrauchbar, sie variieren zwischen Null (Beschränkung auf Kost und Logis) und Entlohnungen über dem Mindestlohn, differenzieren aber nicht nach Kindern in Schuldknechtschaft und anderen sowie der Länge des Arbeitstages und der Fertigkeit der Kinder. Unbeantwortet bleibt auch die Frage, ob im Akkord oder nach Tageslohn vergütet wird. Schuldknechtschaft und/oder die Zahlung von Lohnvorschüssen müssen einbezogen werden, weil sich Letztere schon nach älteren (indischen) Studien auf bis zu 2000 IRs. (Indische Rupees) beliefen und aus der Sicht des Arbeitgebers natürlich durch geringere laufende Lohnzahlungen zu kompensieren sind. Gleiches gilt für die Stellung von Kost und Logis, mögen sie auch noch so miserabel sein. Viele der befragten Kinder

konnten keine Angaben zu ihrem Lohn machen, da sie größtenteils illiterat waren und die Zahlungen mehrheitlich direkt an die Familienvorstände erfolgten. Nach meinen eigenen Erhebungen im indischen Teppichsektorbereich erhielten und erhalten beschäftigte Kinder dort – sofern sie nicht zur Familie des Unternehmers gehören – schlicht den gleichen (Akkord-)Lohn wie die Erwachsenen, gemindert durch die Tatsache, dass sie langsamer arbeiten und die bescheideneren Qualitäten produzieren. Große Kosteneinsparungen durch die Beschäftigung von Kindern waren hier also nicht zu realisieren (ähnlich: Levinson et al. 1996). Dieser Akkordlohn lag bei den erwachsenen Arbeitskräften unter Zugrundelegung eines Normalarbeitstages bei dem anderthalb- bis zweifachen des (sehr niedrigen) Landarbeiterlohnes (Betz 2001). Ähnliches berichtet eine ältere Studie zur indischen Streichholzfabrikation (Child Labour Cell 1992).

Die Arbeitsbedingungen der wirtschaftlich aktiven Kinder sind natürlich alles andere als idyllisch, was sich natürlich auch durch die Tatsache erklärt, dass Kinderarbeit in Entwicklungsländern vertuscht wird, weil häufig illegal geleistet und dass die Betroffenen daher keine Möglichkeit haben, kollektiv bessere Bedingungen einzufordern. Mit Sicherheit kann man aber sagen, dass die Bedingungen im exportorientierten Bereich besser sind als in binnenmarktorientierten Zweigen (etwa der Landwirtschaft); anders ist die Binnenmigration von Kindern dorthin gar nicht zu erklären. Pauschale Behauptungen unerträglicher Verhältnisse stehen zuletzt auch im Widerspruch zu leider viel zu seltenen Felduntersuchungen, die Kinder selbst zu ihren Arbeitsbedingungen und zu ihrer Arbeitseinstellung befragt haben. Diese brachten oft gemessen an unserem Vorverständnis erstaunliche Ergebnisse in Bezug auf eine relativ positive Einstellung der Kinder zu ihrer Arbeit und eine hohe Identifikation mit dieser (Nangia 1988; Lopez de Castilla 1998).

2. Ursachen von Kinderarbeit

Nicht nur in Bezug auf die Zahl der Kinderarbeiter und ihre Arbeitsbedingungen gibt es noch Untersuchungsbedarf, sondern auch über die Gründe der Arbeitsaufnahme. Diese Tatsache scheint unserem Alltagsverständnis am meisten zu widersprechen, würden wir doch vermuten, dass Armut die Hauptursache für Kinderarbeit ist, weil diese (a) die davon betroffenen Familien dazu zwingt, durch Mehrverdienst der Kinder das bescheidene Familieneinkommen aufzubessern und (b) es ihnen damit – auch wegen der in Entwicklungsländern nicht unbeträchtlichen direkten und indirekten Kosten des Schulbesuchs – unmöglich macht, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Mit diesem Verständnis gehen die überwiegende Zahl wissenschaftlicher Publikationen und derjenigen einschlägiger internationaler und nationaler Hilfswerke konform. „Poverty is the most important reason why children

work...“, stellt etwa die ILO summarisch fest (ILO 1996b; 17) und beziffert den Beitrag von Kinderarbeit zum Einkommen armer Familien auf 25%. Eine Überblicksarbeit (Anker/Melkas 1996) schließt sich dem an und folgert, dass die Eliminierung von Kinderarbeit nur bei Kompensation der daraus für die Familien entstehenden Kosten möglich sei. Untersuchungen zu lateinamerikanischen Ländern kommen zu leicht geringeren Beiträgen zum Familieneinkommen (Cartwright 1999; Cartwright/Patrinós 1999).

Die oben angeführte Kausalkette (Armut = mangelnder Schulbesuch + Kinderarbeit) ist in mancherlei Hinsicht aber unterkomplex und brüchig. Sie erklärt nicht die Varianz von Kinderarbeit innerhalb armer Gruppen, zwischen ähnlich armen Gemeinden und Ländern (Anker 2000). Das soll nicht heißen, dass Armut nicht ein besonders bedeutsamer Faktor der Arbeitsaufnahme von Kindern ist; dafür sprechen eine ganze Reihe empirischer Erhebungen, die einen positiven Zusammenhang zwischen Schulbesuch, Einkommen des Haushaltsvorstands und einen negativen zwischen der Distanz der Schule vom Haushalt (als Indikator für Transportkosten und Zeitaufwand im Sinne entgangener Arbeitszeit) und Arbeitslosigkeit/Beschäftigung des Haushaltsvorstands im informellen Sektor feststellen (Jensen/Nielsen 1997; Psacharopoulos 1997; Filmer/Pritchett 1998a und 1998b). Armut ist aber nicht der einzige, in manchen Fällen nicht einmal der bedeutendste Grund mangelnden Schulbesuchs und von Kinderarbeit. In Indien etwa weisen natürlich besonders arme Staaten im allgemeinen diesbezüglich hohe Werte auf, reiche niedrige. Aber es gibt doch eine ganze Reihe statistischer Ausreißer wie die links regierten Unionsstaaten Kerala und Westbengalen (mit sehr geringer Kinderarbeit) einerseits, fortgeschrittenen Staaten wie Gujarat, Maharashtra und Tamil Nadu andererseits (mit hoher Kinderarbeitsquote). Nur als Beispiel: Im indischen Unionsstaat Kerala gingen 1992-93 88,2% der Mädchen aus ärmeren Bevölkerungsschichten zur Schule, im nur unwesentlich ärmeren Rajasthan gerade einmal 17,3% (Filmer/Pritchett 1998a). Die Bundesstaaten, in denen die Quote wirtschaftlich aktiver Kinder 1961-1991 am meisten abgenommen hat, sind jene, in denen (a) die Geburtenrate am meisten gesunken ist (wodurch sich das Angebot arbeitsfähiger Kinder verminderte), (b) hohe Einschulungsraten vorlagen oder diese stark gestiegen sind und ferner die Geschlechterdisparität bei der Einschulung am meisten abnahm, (c) die Qualität der Schulausbildung – gemessen an den Bildungsausgaben pro Kopf und an den Abbrecherquoten – sich am meisten verbessert hat und (d) die Partizipationsrate weiblicher Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt außerhalb der Landwirtschaft am meisten anstieg (Chaudhri 1996). Aus diesen Faktoren lässt sich gleichsam schon eine Blaupause erfolgreicher Bekämpfung von Kinderarbeit gewinnen (s.u.).

In wohlhabenderen Ländern arbeiten Kinder auch deshalb, um sich relative „Luxusgüter“ leisten zu können. In Peru gehörten 30% der wirtschaftlich aktiven

Kinder nicht-armen Familien an (Salazar/Glasinovitich 1996), in Kolumbien bzw. Bolivien waren (auf dem Lande) immerhin 11,4% der Kinder von Familien aus dem wohlhabendsten (!) Einkommensquintil wirtschaftlich aktiv oder kombinierten dies mit dem Schulbesuch, in Bolivien waren es 5,5% aller Kinder aus diesem Quintil (Cartwright 1999; Cartwright/Patrinós 1999). Auch eine indische Studie ergab, daß 1/3 der arbeitenden Kinder aus Familien kamen, die ausreichend in Lohn und Brot standen (Boyden 1994). Ähnliches gilt für Ghana, wo nur ein schwacher Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und Wohlstand der Familie, wohl aber zwischen Letzterem und dem Schulbesuch der Kinder festgestellt wurde (vgl. Canagarajah/Coulombe 1997). Mädchen werden oft trotz ausreichenden Einkommens zur Arbeit angehalten, weil sich für die Familie die Kosten des Schulbesuchs „nicht rechnet“, ein gerade in Südasien häufig angestelltes Kalkül (Ray 2000). Kinder sind in Entwicklungsländern auch deswegen wirtschaftlich aktiv, weil sie die Gemeinschaft der arbeitenden „peer group“ schätzen, weil sie durch ihr Einkommen in patriarchalisch strukturierten Gesellschaften höheres Prestige genießen, zu Hause seltener geschlagen werden oder wegen verwandter Gründe.

Natürlich kostet der Schulbesuch auch über den Einkommensverlust aus nicht geleisteter wirtschaftlicher Tätigkeit der Kinder hinaus Geld (für Schulgebühren und -uniformen, Transport, Hefte usw.). Diese Kosten können sich in Indien auf 600-800 Rs. pro Jahr und Kind (für eine Schule auf dem Lande) bzw. 800-1200 Rs. (in der Stadt) belaufen, also etwa 5-10% des Mindestlohnes (Kaul 2001; Banerji 2000 rechnet mit geringeren Kosten von 200-600 Rs. p.a.). Bei durchschnittlich über zwei schulpflichtigen Kindern pro Familie und einem monatlichen Mindestlohn in der Landwirtschaft von 1000 IRs sind das nicht unbeachtliche Kosten. Stammesangehörige und Unterkastige (rund 25% der Bevölkerung) müssen allerdings keine Gebühren beim Besuch von Staatsschulen entrichten, bei privaten erhalten sie Stipendien. Im übrigen kommen für die Kosten der Schulausbildung in Indien auch Angehörige der Großfamilie auf, wenn die Eltern nicht zahlungsfähig sind. Finanziell unmöglich wird der Schulbesuch armen Kindern also nur zum Teil, was auch meinen eigenen (nicht sehr breiten) Erkundungen entspricht.

Der nicht immer sehr direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und wirtschaftlicher Aktivität von Kindern hat auch damit zu tun, dass Letztere Arbeit und Schule häufiger miteinander vereinbaren können als oft unterstellt (Salazar/Glasinovich 1996; ILO 1996c; Psacharopoulos 1997), was durch die häufige Kürze des Schuljahres bzw. -tages (in Südasien und Lateinamerika mitunter nur 120-180 Tage bzw. 4 Stunden) begünstigt wird. Nach einer Studie über Ghana etwa besuchten 2/3 der arbeitenden Kinder gleichzeitig die Schule (Canagarajah/

Coulombe 1997). Allerdings schlägt sich diese Parallelaktivität – die überdies mit zunehmendem Alter der Kinder abnimmt – in höheren Wiederholerraten, geringerer kognitiver Fortschritte und geringerer Gesamtdauer des Schulbesuchs nieder, wobei Salazar/Glasinovich (1996) möglicherweise diesen Effekt (zwei Jahre) durch einen simplen Vergleich arbeitender und nicht arbeitender Kinder mit vielleicht divergierendem sozialen Hintergrund überzeichnen.

Viele der in Erhebungen befragten Kinder lieben ihre Schule wegen hoher Nicht-versetzungsgefahr und einem nur mäßig interessanten Unterricht wenig; nach einer indischen Studie im Distrikt Bangalore waren diese Gründe für immerhin 1/3 der Abbrecher ausschlaggebend (Boyden 1994). Die Schulen sind oftmals zu lebensfern, das meist reichlich akademische Curriculum ist wenig ausgerichtet auf die Bedürfnisse des lokalen Arbeitsmarktes. Nach einer weiteren Erhebung in Indien ist zwar Armut der Hauptgrund mangelnder Einschulung, immerhin 1/4 der befragten Kinder/Familien äußerten aber Bildungsdesinteresse und 1/5 gaben als Grund die zu weite Entfernung zu einer passenden Schule an (Singh 1994). Die häufig als zu weit empfundene Entfernung spielt auch nach einer neuen Studie zu Ghana eine wichtige Rolle (Blunch/Verner 2000), ist jedoch nach einem breit angelegten Ländervergleich von Filmer/Pritchett (1998b) ziemlich bedeutungslos. In Indien sind Unterkastige oft zudem der Gewalt der Lehrer und ihrer Mitschüler ausgesetzt; etwa 3/4 der Staatsschulen haben keine Toilette, weshalb es älteren Mädchen sehr schwer fällt, an der Schule teilzunehmen. Dorfschullehrerposten sind nicht sehr attraktiv, weshalb Lehrer ihr Amt öfters im Subkontrakt wahrnehmen lassen oder durch Abwesenheit glänzen. Es können auch nicht alle Stellen besetzt werden, weshalb Lehrer mitunter vier Klassen auf einmal und mitunter pro Klasse bis zu 60 Kinder unterrichten müssen. Sie nehmen auch meist an keiner Fortbildung teil (Kaul 2001, Mishra 2000). Reiche Familien bringen ihre Kinder daher lieber auf Privatschulen, was den Druck auf die staatlichen Schulen mindert, die Qualität der Lehre zu verbessern. Viele Väter sagten nach einer Feldstudie in Uttar Pradesh, ihre Kinder würden auf der Schule nichts lernen, was die Kosten der Ausbildung rechtfertige (Lietaen 2000, Banerjee 2000), ein Ergebnis, das durch Untersuchungen in Lateinamerika bestätigt wird (vgl. Schiefelbein 1997). Ein Schlaglicht auf die lange vernachlässigte Bedeutung der Schulqualität werfen die extrem streuenden Abbrecherquoten bei Primarschulen in einem Slumgebiet Neu Delhis (Varianz bei Mädchen zwischen 3 und 55%) und sogar zwischen verschiedenen Kohorten von Kindern derselben Schule dort (Banerjee 2000), was auf die Bedeutung unterschiedlicher pädagogischer Fähigkeiten der jeweiligen Klassenlehrer hinweist. Die Qualität der Grundschulbildung stellt also ganz offenkundig einen höchst bedeutsamen, erst unlängst stärker gewürdigten Faktor der Arbeitsaufnahme von Kindern dar. Sie ist für arme Famili-

en bedeutsamer als für reiche, die auf die Privatschulen (oder private Nachhilfe) ausweichen können, ihren Kindern ein besseres Lernumfeld bieten und für die die Grundschule nur das Springbrett für deren Sekundarschulbesuch bildet.

Insgesamt relativiert sich durch die Faktoren (a) geographische Nähe der Schule, (b) deren Qualität, (c) das Bildungsniveau der Eltern, (d) deren Beschäftigungssituation (Kinder mit auf eigene Rechnung arbeitenden Landwirten oder Beschäftigten des informellen Sektors gehen seltener, Kindern von Müttern, die im nicht-landwirtschaftlichen Bereich arbeiten gehen häufiger zur Schule) doch beträchtlich der Einfluss des Faktors Armut auf den Schulbesuch, wenngleich dieser sehr bedeutsam bleibt. Mitunter noch propagierte Einpunktstrategien zur Beseitigung der Kinderarbeit machen aber dennoch wenig Sinn.

3. (Nicht-)Lösungen

Zu diesen Einpunktstrategien gehören auch diejenigen Maßnahmen, die national/international Kinderarbeit im wesentlichen über sanktionsbewehrte Kontrollen eliminieren wollen. Einschlägig sind dabei an internationalen Maßnahmen Sozialklauseln, Produktsiegelung und Verhaltenskodizes. Sie sind extensiv in der Literatur diskutiert worden, deshalb mögen kurze Ausführungen hierzu genügen. Sozialklauseln sollen die Gewährung von Handelsrechten von der Einhaltung bestimmter Arbeits- und Sozialstandards der Mitgliedsländer entsprechender Handelsabkommen abhängig machen. Negative Sozialklauseln würden den Marktzugang der Produkte erschweren oder unmöglich machen (etwa durch Strafzölle), die unter Verletzung der vereinbarten Mindeststandards hergestellt werden, wobei unter diese bei den Promotoren der Sozialklauseln auch stets die Unterbindung von Kinderarbeit fällt. Die Produktsiegelung sieht dagegen produktbezogene Preisaufschläge vor bei bestimmten Exportwaren, wobei deren Herstellung nach vereinbarten sozialen Mindeststandards gemeinsam von den Importeuren/Exporteuren und Nichtregierungsorganisation garantiert und kontrolliert und die Preisaufschläge für das Monitoring und die soziale Wohlfahrt der Arbeitskräfte im entsprechenden Sektor genutzt werden sollen. Verhaltenskodizes sind produkt- oder unternehmensbezogene Selbstverpflichtungen von Herstellern/Importeuren aus Konsumentenländern, bei ihren Lieferanten die Einhaltung vereinbarten Standards zu kontrollieren und durchzusetzen. Auch diese Maßnahmen zielen stets auch auf die Unterbindung von Kinderarbeit.

Es soll hier nicht extensiv über den handels- und entwicklungspolitischen Sinn dieser Maßnahmen debattiert werden, das ist bereits zur Genüge andernorts geschehen (Sengenberger/Campbell 1994; Großmann/Koopmann 1994; Kulessa 1995; Melanowski/Scherrer 1996). In Bezug auf eine im Rahmen der WTO im-

plementierte Sozialklausel wäre diese Debatte im übrigen auch relativ müßig, da deren Behandlung am gesammelten Widerstand der Entwicklungsländer (und einiger Industrieländer) erst einmal gescheitert und von der Tagesordnung (1996) abgesetzt worden ist. Einige Gemeinsamkeiten der propagierten bzw. umgesetzten Maßnahmen verdienen aber in Bezug auf unser Thema dennoch Aufmerksamkeit:

a) Unterschiedliche Sozialstandards können eine Dimension komparativer Kostenvorteile im internationalen Handel darstellen. Ebnet man die Unterschiede ein, unterminiert man tendenziell die internationale Konkurrenzfähigkeit armer Länder (Bhagwati 1994, Langille 1994, Krugman 1994). Kritiker international vereinbarter Sozialklauseln sehen im Versuch ihrer Durchsetzung daher nur ein schwach verhülltes protektionistisches Bestreben (de Castro 1995), gefördert durch die Tatsache, dass sich gerade Vertreter alternder Industriezweige in Industrieländern und die diese stützenden Regierungen zu ihren Fürsprechern machen. Überziehen sollte man dieses Argument aber nicht; niedrigere Sozialstandards bringen nach der verfügbaren Empirie nur bescheidene Kosteneinsparungen, private Auslandsinvestitionen und das Niveau dieser Standards korrelieren negativ (OECD 1996, Galli 2001).

b) Sozialklauseln und Siegelungskampagnen bringen natürlich nur jenen Arbeitnehmern/Kindern etwas, die im Exportsektor beschäftigt sind. Der größte Teil der Arbeitskräfte in Entwicklungsländern ist aber in binnenmarktbezogenen Sektoren beschäftigt (s.o.), wo die Löhne oft niedriger, die Arbeitsbedingungen zumeist härter, gefährlicher und entwürdigender sind. Diese Initiativen widmen sich also den falschen Sektoren, können dies aber auch nur, weil für den Binnenmarkt bestimmte Produkte international nicht sanktionierbar sind.

c) Ein Problem stellen auch die hohen administrativen Kosten und Probleme dar, die beim Monitoring der Standards entstehen. Wie sollen Schwellenwerte für die Verletzungen von Vereinbarungen und die Ergreifung von Sanktionen festgelegt, diese ohne die ansonsten üblichen Doppelstandards und frei von protektionistischen Motiven implementiert werden? Wie will man ein realitätsadäquates Bild der praktizierten Sozialstandards gewinnen, ohne Tausendschaften von externen Inspektoren einzusetzen (Emmerji 1994; Braßel 1995)? Zur Illustration soll der von mir untersuchte indische Teppichsektor angeführt werden, in dem sich mittlerweile vier Initiativen mühen, kinderarbeitsfreie Produktion durchzusetzen: Es gibt in Indien etwa 180.000 Knüpfstühle in mehreren geographisch getrennten Gebieten, von denen der Teppichgürtel Bhadohi-Mirzapur das bedeutendste ist. Schon das letztgenannte Gebiet umfasst eine Fläche von den Ausmaßen Niedersachsens. Seine Tausende von Dörfern, auf die sich die Knüpfstühle verteilen, sind oft nur sehr schwer, über winzige, nicht asphaltierte Straßen

zugänglich, auf denen die Durchschnittsgeschwindigkeit eines PKW auf ca. 15 km in der Stunde sinkt. Rugmark, als Siegelungsinitiative mit dem Anspruch angetreten, kinderarbeitsfreie Waren garantieren zu können, kann jeden Knüpfstuhl nach meinen Berechnungen allenfalls einmal im Jahr kontrollieren (Betz 2000). Dessen Besitzer hat aber möglicherweise mittlerweile die Produktion eingestellt, den Exporteur gewechselt oder ist gerade ohne Aufträge. Ferner ist das zwangsläufig langsame Herannahen eines Kraftfahrzeugs an ein indisches Dorf extrem auffällig und könnte zum schnellen Abzug von eventuellen Kinderarbeitern genutzt werden und schließlich können die Exporteure durch die (in der Regel gegebene) Zugehörigkeit zu verschiedenen Initiativen mit den jeweiligen „Labels“ jonglieren.

Es versteht sich, dass sich die gemachten Ausführungen über die Defizite extern induzierter Kontrollmaßnahmen von Kinderarbeit auch auf Lösungsansätze anwenden lassen, die ihr Heil allein in der Verschärfung der nationalen Arbeitsgesetze suchen. Erstens gibt es in den meisten Entwicklungsländern ein engmaschiges Arbeitsrecht, das nur leider die für Kinderarbeit relevanten Sektoren (Land-, Hauswirtschaft und informeller Sektor) ausspart, meist lächerlich niedrige Sanktionen bereithält und in der Umsetzung an der viel zu geringen Zahl von Arbeitsinspektoren leidet. Es ist auch die Frage, ob die relativ positiven europäischen Erfahrungen mit dem gesetzlich durchgesetzten Verbot von Kinderarbeit, die sich hier auf größere Fabrikationsstätten konzentrierte – aber auch nicht überall und nicht ohne parallele Expansion des Bildungssektors, Einkommenssteigerungen und einer sich wandelnden Auffassung von Kindheit Wirkung entfaltete (vgl. Cunningham 1995) – ohne weiteres auf Entwicklungsländer mit geographisch weit streuender Kinderarbeit in Kleinstbetrieben übertragen lässt. Wichtiger aber noch scheint die Frage, ob etwas gewonnen würde, wenn Kinder in Entwicklungsländern aus der Produktion entfernt werden, ohne dass ihnen eine bessere Alternative geboten wird. Darauf ist leider bislang immer noch zu wenig Aufmerksamkeit verwendet worden. Die Hoffnung, bislang arbeitende Kinder würden ohne weitere Unterstützung nach einem einigermaßen effektiv umgesetzten Arbeitsverbot nur lernen und spielen, ist natürlich verfehlt.

Beispiele hierzu liefern in Bangladesh, Nepal und Indien gemachte Erfahrungen: In Bangladesh haben sich unter der Drohung eines amerikanischen Boykotts (Harkin-Bill, 1993) die Regierung und der Textilarbeitgeberverband dazu bereitgefunden, Kinderarbeit zu eliminieren und die freigesetzten Kinder in von der ILO und der UNICEF unterstützte Schulen umzusetzen. Etwa 40.000 Kinder im Alter von 12-15 Jahren wurden entlassen. Eingeschult wurden nach einer Studie der ILO nur ganz wenige, die Hälfte fand sofort wieder einen neuen, in der Regel schlechteren Arbeitsplatz, die andere Hälfte war noch auf der Suche (vgl.

Boyden/Myers 1995; Bhattacharya 1996). Auch in Nepal entschloss sich die Regierung erst unter Druck ausländischer Aufkäufer zu einer aktiveren Haltung bei der Frage der Kinderarbeit; sie erließ neue gesetzliche Grundlagen zum Verbot der Beschäftigung von Kindern in Betrieben mit mehr als zehn Arbeitnehmern (1991, 1992) und unterzeichnete (1995) auch ein Memorandum of Understanding mit der ILO zur Eliminierung von Kinderarbeit. Auch hier wurden viele der meist aus den armen Bergregionen stammenden Kinder freigesetzt (IPEC 1995). Gleiches gilt für das vom Verfasser untersuchte Problem der Teppichknüpfer in den indischen Distrikten Mirzapur und Bhadohi; die v.a. aufgrund schärferer Rechtsdurchsetzung in Indien freigesetzten Kinder sind mehrheitlich wieder in die (noch ärmeren) Herkunftsgebiete rückgewandert und/oder in schlechteren Arbeitsverhältnissen untergekommen (Betz 2000).

Dieses Ergebnis hätte man auch theoretisch voraussehen können. Wird ein Boykott von Kinderarbeit nur partiell durchgesetzt und sind die Familien der arbeitenden Kinder auf deren Zusatzeinkommen angewiesen, so führt dieser partielle Boykott zwangsläufig zu vermehrtem Angebot von Kinderarbeit in nicht betroffenen Sektoren und übt dort daher logischerweise Druck auf die Löhne aus (vgl. Basu/Van 1998).

4. Lösungen

Es wird nach den bisherigen Überlegungen nicht überraschen, dass der Verfasser bei der Reduktion von Kinderarbeit in Entwicklungsländern einem mehrgleisigen Ansatz den Vorzug gibt und generell, dass er Kinderarmut als Symptom von Armut, Unterentwicklung und Ungleichheit ansieht und daher nicht mit schneller Beseitigung des Problems rechnet. Diese Feststellung soll aber nicht Passivität legitimieren, denn die bisherigen Ausführungen zeigten auch, dass bei gleichem Niveau der Armut eine proaktive Bildungs- und Gleichstellungspolitik, effektiv durchgesetzte Arbeitsgesetze und internationaler Druck durchaus einen Unterschied machen können. Ein mehrgleisiger Ansatz müsste also Maßnahmen zur Verringerung der Armut in den Zielregionen, zur Schaffung sozialer Sicheretzetze für die Armen bzw. zur Kompensation des entgangenen Einkommens, zur Senkung der Geburtenrate, zur Verbesserung der Stellung von Frauen (auch auf dem Arbeitsmarkt), zur Verbreiterung und Verbesserung des Bildungsangebots und zur Rehabilitation vormaliger Kinderarbeiter enthalten. Dies entspricht auch etwa dem Ansatz der ILO und der Weltbank sowie den Erfahrungen jener – auch relativ armen – Staaten, die am erfolgreichsten bei der Verringerung von Kinderarbeit waren (vgl. Fallon/Tsanatos 1998; ILO 2000).

Universale Einschulung und Schulzwang ist sicher nicht der Königsweg zur Lösung des Problems, als den ihn noch Myron Weiner (1991) ansah, da wie gezeigt, Ausbildung und Arbeit von Kindern durchaus parallel gehen können, wenngleich darunter der Schulerfolg leidet. Immerhin demonstriert die Erfahrung des indischen Unionsstaates Kerala, der das (staatlicherseits nicht zwingend durchgesetzte) Ziel universaler Einschulung nahezu erreicht hat, dass diese im gesamtindischen Vergleich doch mit einem deutlich geringeren Maß an Kinderarbeit, deren zeitlicher Dauer (pro Tag/Woche) und Schwere verbunden ist. Freilich wurden die Grundlagen für diesen Erfolg schon ab 1860 gelegt; sie liegen auch in einer parallel zum staatlichen Aktivismus steigenden gesamtgesellschaftlichen Nachfragesteigerung nach Bildung (Boyden/Myers 1995), sind also nicht über Nacht replizierbar.

Universale Einschulung ist natürlich nicht umsonst, vor allem in jenen Staaten mit erheblicher Anzahl wirtschaftlich aktiver Kinder. Wichtiger noch aber als die rein quantitative Vermehrung der Primarschulen wäre es aber wohl, die Bildungsangebote qualitativ zu verbessern und für arme Familien finanzierbar zu machen. Die Schule, so eine Publikation der UNICEF, müsse zum Magnet für die Kinder werden (Salazar/Glasinovitch; 33), um nachhaltig andere Aktivitäten zu ersetzen. Wie dies geschehen kann, zeigen ermutigende Experimente in etlichen lateinamerikanischen Staaten, die v.a. das Ziel verfolgten, die hohen Wiederholerraten zu verringern und die spärlichen kognitiven Fortschritte v.a. armer Kinder zu steigern. Einschlägig sind hierbei etwa das ländliche Bildungsprogramm Escuela Nueva in Kolumbien, das auf flexibles Lernen in Gruppen und in konkreten Situationen, Diskussion und sofortige Unterstützung von Kindern mit Lernproblemen setzt und die Wiederholerraten tatsächlich drastisch reduzieren konnte. Nach diesem Muster liefen Programme auch in anderen lateinamerikanischen Ländern an. Hilfreich sind oft auch der Unterricht in der Muttersprache (zusätzlich zur Amtssprache) und die Verlängerung des Schultages, um eine bessere Abstimmung mit den Arbeitszeiten der Eltern zu erreichen und Bildungsschwachen das Aufholen in Zusatzkursen zu erleichtern (Schiefelbein 1997). In Indien wurde erfolgreich auch mit der Einführung des Schichtunterrichts in etlichen privat finanzierten Schulen operiert. Dort zeigten auch schon vergleichsweise geringe Investitionen in die Verbesserung der Bildungsqualität – etwa die ausreichende Bereitstellung von Lehrbüchern – eine deutliche Verringerung der Abbruchquoten (Filmer/Pritchett 1998b). Eine deutliche Verbesserung der Schulqualität in Lateinamerika brachten Experimente zur Dezentralisierung des Schulsystems und der Verlagerung der Verantwortung für den Betrieb der Schulen, die Auswahl der Lehrer etc. auf die lokale Ebene bei maßgeblicher Mitsprache der Eltern (IDB 1996).

Die bloße Ausdehnung des Schulwesens und seine qualitative Verbesserung bringt den Kindern und ihren Familien natürlich wenig, die den Schulbesuch gar nicht finanzieren können und auf das Arbeitseinkommen angewiesen sind. Es gibt nun eine Reihe von Programmen in Entwicklungsländern, in der Mehrzahl von Nichtregierungsorganisationen finanziert, die armen Familien den Schulbesuch ihrer Kinder durch Übernahme der Schulgebühren, Schulspeisungen und Zuschüsse (Stipendien) für den Lebensunterhalt erleichtern wollen. Am bekanntesten von den staatlichen Programmen ist wohl die brasilianische *Borsa Familiar*, ein finanzielles Anreizprogramm, bei dem mittels eines Stipendiums von ca. 100 \$ pro Monat ein Konto angelegt wird, das nach vierjährigem Schulbesuch (und bei nur geringer Abwesenheit des Schülers) zur Hälfte und nach acht Jahren vollständig geräumt werden kann. Programme in anderen lateinamerikanischen Ländern funktionieren nach ähnlichem Muster. Der Deckungsgrad der Programme ist freilich gering (in Brasilien 20.000 Schüler p.a.), die Abbrecherquote bei den einbezogenen Kindern ist allerdings nachhaltig gesunken (Schiefelbein 1997). Ähnliche Erfahrungen wurden mit einem Programm in Bangladesh gemacht, das armen Familien, die ihre Kinder zur Schule senden, kostenlose Nahrungsmittel zur Verfügung stellt. Auch dieses Programm hat die Abbrecherquote deutlich reduziert, obwohl der geldwerte Nutzen der Nahrungsmittel nicht sonderlich hoch war; die Familien nutzten es aber dazu, um die Kinder parallel weiter zur bezahlten Arbeit auswärts zu schicken und die von ihnen nicht mehr leistbare Hausarbeit auf andere Schultern zu verteilen (Ravallion/Wodon 2000). Stipendien sind also bei vergleichsweise geringem finanziellen Einsatz durchaus in der Lage, die Einschulungsraten armer Kinder zu erhöhen und ihre Schulbesuchsdauer zu verlängern; sie erfordern allerdings einen nicht unbeträchtlichen administrativen Aufwand (zur soziale Selektion der Nutznießer zur Anwesenheitskontrolle und zur Abwehr von Korruption) und laufen Gefahr, die Selbsthilfekräfte der Familien zu unterhöhlen. Diese Probleme sind geringer bei Programmen, die lediglich ein ordentliches Mittagmahl für die Schüler bereitstellen (es muss dabei nur dafür Sorge getragen werden, dass die Schüler nicht lediglich hierzu erscheinen), Hefte und Bücher bereitstellen (die verkauft werden könnten) usw. Es gibt über diese Programme bisnag jedoch nur ausgewertete Selbstauskünfte der Promotoren (vgl. Anker/Melkäs 1996), nicht jedoch eine unabhängige Evaluierung.

Kindern, die schon länger wirtschaftlich aktiv waren und jetzt zu alt sind, um normal eingeschult zu werden, bringt die bloße Expansion und Qualitätsverbesserung des Grundschulwesens wenig. Abgesehen von ihrer in etlichen Fällen nötigen physischen und psychischen Rehabilitation muss für diese v.a. die nicht-formale Ausbildung, gekoppelt mit beruflicher Qualifikation, ausgebaut werden. Auch hierbei muss das Rad nicht neu erfunden werden, denn die ILO, UNICEF

und eine Vielzahl einschlägiger Nichtregierungsorganisationen betreiben entsprechende Programme. Ihr Ziel ist es zumeist, Kinder aus besonders gefährlichen und entwürdigenden Arbeitsverhältnissen zu entfernen und sie – über nicht-formale Kurse und begleitende Berufsausbildung – langsam an das normale Schulsystem heranzuführen. Es wird arbeitenden Kindern gestattet, einen Teil des Tages weiterhin wirtschaftlich aktiv zu bleiben, mitunter versuchen diese Programme auch nur, die Arbeitsumwelt der Kinder zu humanisieren. Die bisherigen Evaluierungen stellen diesen Programmen ein ambivalentes Zeugnis aus; der Übergang ins normale Schulsystem gestaltete sich schwierig, die vermittelte Berufsbildung ging häufig an den Marktbedürfnissen vorbei bzw. nahm diese gar nicht zur Kenntnis, Zielgruppenorientierung und Zufriedenheit der Nutznießer boten freilich kaum Anlass zur Beschwerde (ILO-IPEC 1998).

Einkommensschaffende Programme für die Zielgruppe werden vielfach als besonders bedeutsames Mittel zur Beseitigung von Kinderarbeit angesehen. Sie lassen sich aber bei der extremen geographischen Streuung der Kinder und ihrer Familien kaum zielgruppenkonform steuern; eventuelle Mehreinkommen würden nur mittelfristig zu erhöhter Einschulung und verminderter wirtschaftlicher Aktivität der Kinder führen. Das Volumen der bisher einschlägigen Programme mit dieser Ausrichtung ist überdies sehr bescheiden. Zuletzt helfen auch Bemühungen zum sogenannten „awareness-raising“ in den Zielregionen und internationaler Druck. Dieser hat in Einzelfällen – auch in Indien – dazu geführt, dass ernsthaftere und großzügiger finanzierte Programme zur Beseitigung von Kinderarbeit nicht nur in exportorientierten, sondern auch in anderen, binnenmarkt-bezogenen und besonders gesundheitsgefährdenden Sektoren lanciert wurden. Der externe Druck muss aber dauerhaft sein und medial abgestützt werden, wenn nicht bald das Interesse der Konsumenten an kinderarbeitsfreien Produkten und das Interesse der Regierungen in den Exportstaaten an effektiverer Durchsetzung der Arbeitsgesetze versiegen soll.

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass eine Reihe von erfolgversprechenden Einzelinterventionen zur Reduktion von Kinderarbeit vorstellbar sind und bereits umgesetzt werden. Man fragt sich, warum sie aus jenen Kreisen – das gilt etwa für die amerikanische Regierung – die sonst gerne über das traurige Los der Kinder in der Dritten Welt wehklagen (dabei allerdings auch den Schutz ihrer eigenen Arbeitskräfte vor „Schmutzkonkurrenz“ im Auge haben), nicht stärkere Förderung erfahren. Insgesamt sind nämlich einschlägige internationale Programme – das gilt etwa für das Integrated Programme for the Elimination of Child Labour der ILO, auch für die über Siegelungskampagnen einbehaltenen Prämien – noch immer jämmerlich unterfinanziert.

Literatur

- Anker, Richard (2000): „The economics of child labour. A framework for measurement“. In: *International Labour Review*, 139,3; 257-280
- Anker, Richard; Helinä Melkas (1996): *Economic Incentives for Children and Families to eliminate or Reduce Child Labour*. ILO, Genf
- Anti-Slavery Society (1988): *A Pattern of Slavery – India's Carpet Boys*. London
- Banerji, Rukmini (2000): „Poverty and Primary Schooling. Field Studies from Mumbai and Delhi“. In: *Economic and Political Weekly*, March 4; 795-802
- Basu, Kaushik; Pham Hoang Van (1998): „The Economics of Child Labour“. In: *American Economic Review*, 88,3; 412-427
- Betz, Joachim (2001): „Die Fragwürdigkeit von Sozialsiegeln: Kinderarbeit im indischen Teppichsektor“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3; 310-321
- Bhagwati, Jagdish (1994): „A View from Academia“. In: U.S. Department of Labor, Bureau of International Labor Affairs: *International Labor Standards and Global Economic Integration*, Washington, D.C.; 57-62
- Bhattacharya, Debapriya (1996): *International Trade, Social Labelling and Developing Countries: The Case of Bangladesh's Garments Export and Use of Child Labour*. Bangladesh Institute of Development Studies, Dhaka
- Boyden, Jo (1994): *The Relationship between Education and Child Work*. Innocenti Occasional Papers, UNICEF, Florenz
- Boyden, Jo; William Myers (1995): *Exploring Alternative Approaches to Combating Child Labour: Case Studies from Developing Countries*. Innocenti Occasional Papers Child Rights Series No.8, Florenz, February
- Braßel, Frank (1995): „Keine Hilfe für Menschenrechte“. In: *epd-Entwicklungspolitik*, 10 (Mai)
- Cangarajah, Sudharshan; Harold Coulombe (1997): *Child Labor and Schooling in Ghana*, Policy Research Working Paper No. 1844, World Bank, Washington, D.C.
- Cartwright, Kimberly (1999): „Child Labor in Colombia“. In: Christian Grootaert; Harry Anthony Patrinos (Hg.): *The Policy Analysis of Child Labor*. Basingstoke; 102-130
- Cartwright, Kimberly; Harry Anthony Patrinos (1999): in: Christian Grootaert; Harry Anthony Patrinos (Hg.): *The Policy Analysis of Child Labor*. Basingstoke; 63-102
- de Castro, Juan A. (1995): *Trade and Labour Standards. Using the wrong instruments for the right cause*, UNCTAD Discussion Papers No.99. Genf
- Chaudhri, D.P. (1996): *A Dynamic Profile of Child Labour in India, Child Labour Action and Support Project*. ILO, New Delhi
- Child Labour Cell (1992): *Child Labour in the Match Industry of Sivkasi*. National Labour Institute, Noida (Indien)
- Confédération Internationale des Syndicats Libres (1996): *Pas le temps de jouer. Le travail des enfants dans l'économie mondiale*. Bruxelles
- Cunningham, Hugh (1995): *Child Labour and Industrialization*, Working Paper. ILO, Geneva
- Deutscher Bundestag (1995): *Bericht der Bundesregierung über die Kinderarbeit in der Welt*. Drucksache 13/1079
- Emmerij, Louis (1994): „Contemporary challenges for labour standards resulting from globalization“. In: Werner Sengenberger/Duncan Campbell, aaO; 319-328
- Fallon, Peter; Zafiris Tzannatos (1998): *Child Labour: Issues and Directions for the World Bank*. World Bank, Washington, D.C.
- Filmer, Deon; Lant Pritchett (1998a): *The Effect of Household Wealth on Educational Attainment Around the World: Demographic and Health Survey evidence*. World Bank, Washington, D.C.

- Filmer, Deon; Lant Pritchett (1998b): *Educational Enrollment and Attainment in India: Household Wealth, Gender, Village, and State Effects*. World Bank, Washington, D.C.
- FNV (1995): *Eliminating Child Labour*. Amsterdam
- Galli, Rossana (2001): *The Economic Impact of Child Labour*, ILO Discussion Papers DP/128/2001. Genf
- Haas, Daniel (1998): *Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion*. Münster
- ILO-IPEC South East Asia (1998): *Alternatives to child labour: A Review of action programmes with a skills training component in Asia*. Bangkok
- ILO-IPEC-India (1999): *Child Labour in India*. New Delhi
- Institute of Trade and Development (ITAD) (1994): *Status of Child Labour in Carpet Industry*. Kathmandu, October
- Interamerican Development Bank (IDB) (1996): *Economic and Social Progress in Latin America*, 1996 Report, Washington. D.C.
- International Labour Office (1996b): *Child Labour. Targeting the Intolerable*. Genf
- International Labour Office (1996c): *Child Labour Surveys. Results of methodological experiments in four countries 1992-93*. Genf
- International Labour Office (1996d): *Economically Active Populations: Estimates and Projections, 1950-2010*. Genf
- International Labour Office (1998): *Statistics on Working Children and Hazardous Child Labour in Brief*. Genf, April
- International Labour Office (2000): *Action against child labour*. Genf
- International Programme on the Elimination of Child Labour (IPEC) (1995): *Child Labour in Nepal. An Overview & A Proposed Plan of Action*. Kathmandu, July
- Jensen, Peter; Helana Skyt Nielsen (1997): „Child labour or school attendance? Evidence from Zambia“. In: *Journal of Population Economics*, 10; 413-424
- Juyal, B.N. (1993): *Child Labour in the Carpet Industry in Mirzapur-Bhadohi*. ILO, New Delhi
- Kaul, Rekha (2001): „Accessing Primary Education. Going Beyond the Classroom“. In: *Economic and Political Weekly*, Jan. 13; 155-162
- Krugman, Paul (1994): „Does Third World Growth Hurt First World Prosperity?“ In: *Harvard Business Review*, 72, 4
- Kulesa, Margareta E. (1995): *Handelspolitische Sozialstandards zum Wohle der „Dritten Welt“?. Zur entwicklungspolitischen Diskussion über Sozialklauseln im internationalen Handel*, INEF Report 12/1995. Universität Duisburg
- Langille, Brian A. (1994): „Labour standards in the globalized economy and the free trade/fair trade debate“. In: Werner Sengenberger; Duncan Campbell, aaO.; 329-338
- Levison, Deborah u.a. (1996): *Is child labour really necessary in India's carpet industry?* Labour Market Papers 15. ILO, Genf
- Lieten, G.K. (2000): „Children, Work and Education – II. Field Work in Two UP Villages“. In: *Economic and Political Weekly*, June 17; 2171-2178
- Lopez de Castilla, Marta (1998): „Es sind Kinder – sie lernen, spielen und arbeiten gerne“. In: Manfred Liebel et al. (Hg.): *Arbeitende Kinder stärken*, Frankfurt; 89-94
- OECD (1996): *Trade, Employment and Labour Standards. A Study of Core Workers' Rights and International Trade*. Paris
- Melanowski, Norbert; Christoph Scherrer (Hg.) (1996): *Internationale Handelsvereinbarungen und Sozialstandards*. Düsseldorf
- Mishra, Lakshmidhar (2000): *Child Labour in India*. New Delhi
- Nangia, Sudesh (1988): *Child Workers in Carpet Weaving Industry in Jammu and Kashmir*. New Delhi, October

- Psacharopoulos, George (1997): „Child labour versus educational attainment. Some evidence from Latin America“. In: *Journal of Population Economics*, 10; 377-386
- Ravallion, Martin; Quentin Wodon (2000): *Does Child Labor Displace Schooling? Evidence on Behavioral Responses to an Enrollment Subsidy*, Policy Research Working Paper. World Bank, Washington, D.C.
- Ray, Ranjan (2000): „Child Labor, Child Schooling, and Their Interaction with Adult Labor: Empirical Evidence for Peru and Pakistan“. In: *The World Bank Research Observer*, 14,2; 347-367
- Salazar, Maria Christine; Alarcon Glasinovich (1996): *Better Schools: Less Child Work. Child Work and Education in Brazil, Colombia, Ecuador and Peru*, Innocenti Essays No.7. UNICEF, Florenz
- Schiefelbein, Ernesto (1997): *School-Related Economic Incentives in Latin-America: Reducing Drop-Out and Repetition and Combating Child Labour*, Innocenti Occasional Papers. UNICEF, Florenz
- Singh, Surendra (1994): *Child Labour in India*. Lucknow
- UNICEF (1993): *Street and Working Children*, Innocenti Global Seminar. Florenz
- UNICEF (1998): *The state of the World's children*. Oxford
- Weiner, Myron (1991): *The child and the state in India. Child labor and education policy in comparative perspective*. Princeton, N.J.
- White, Ben (1996): *Globalization and the Child Labour Problem*, Institute of Social Studies, Working Paper Series No. 221. The Hague, June

Anschrift des Autors:

Joachim Betz
Deutsches Übersee-Institut
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Email: betz@duei.de